

Japan's Reaktion auf die Tsunami-Katastrophe im Dezember 2004

Heide Haruyo Gentner

1 Die Katastrophe und die Reaktion der japanischen Regierung

Als am 26. Dezember 2004 im Meer vor Sumatra der Meeresboden bebte, wurde dadurch ein Tsunami erzeugt, der mit 700 Kilometern pro Stunde durch den Indischen Ozean raste. Die Welle überrollte die Küstenregionen von zwölf Ländern und tötete mindestens 240.000 Menschen. Die Katastrophe hinterließ Millionen Verletzte und Obdachlose und sorgte für Milliarden Schäden.

Tsunamis sind relativ seltene Naturphänomene. Sie werden durch Meteoritenaufschläge, Erdbeben oder große Erdrutsche ausgelöst. Auf dem offenen Meer bleiben die Wellen sehr flach, werden von Schiffsbesatzungen kaum oder gar nicht bemerkt. In flachen Küstengewässern bauen sie sich aber zu riesigen Wasserwänden auf, die schließlich mit voller Wucht auf Strände und Häfenstädte aufschlagen: "Einen Augenblick lang war nichts zu sehen als hochaufwirbelnde Schaumwolken, die den Abhang hinaufrasten [...]. Die ungeheure Flutwelle prallte mit solcher Wucht an das Ufer, dass alle Hügel erzitterten [...]." Diese Beschreibung eines Tsunamis (übersetzt: Hafenwelle) stammt aus den Reiseberichten von Lafcadio Hearn aus dem späten 19. Jahrhundert. Nachdem das Naturschauspiel vorübergezogen war, konstatierte der Schriftsteller: "Das Dorf existierte nicht mehr" (Lafcadio Hearn, *Nippon, Leben und Erlebnisse im alten Japan 1890-1904*, 1981, S.61-62). Dieses Mal war es nicht Japan, das von einem Tsunami heimgesucht wurde – es traf die Länder am Indischen Ozean: Neben den asiatischen Staaten Indonesien, Sri Lanka, Indien, Thailand, Malaysia, Myanmar, Malediven und Bangladesch wurden auch vier ostafrikanische Staaten (Somalia, Kenia, Tansania, Seychellen) von der Flutwelle überrascht. (*Spiegel*, 27.12.04, 08.02.05; AS, 10., 13.1.05, AS/Internet, 6.1.05)

Die japanische Regierung reagierte sofort. Noch am Tag der Katastrophe erklärte das Außenministerium, dass bereits Vorbereitungen in Gange seien, um ein Team von Katastrophenhelfern in die betroffenen Länder zu entsenden. Sri Lankas Regierung hatte Japan schon um Hilfe gebeten. Die Regierung in Tokyo bot auch anderen Ländern Unterstützung an: Innerhalb von 48 Stunden wären die medizinischen Einheiten bereit, um in den betroffenen Gebieten eingesetzt zu werden, hieß es. Hilfsan-

fragen gab es später von den Malediven, aus Indonesien und aus Thailand. Im japanischen Außenministerium wurde ein Katastrophenbüro eingerichtet. Der japanische Premierminister Jun'ichirô Koizumi verkündete am Tag nach dem Seebeben, dass Japan bei dem Wiederaufbau der betroffenen Regionen helfen werde: "Wir bereiten uns vor, um Hilfe zu leisten", versprach der Premierminister. Die japanische Regierung gab zudem bekannt, dass man den Malediven, Sri Lanka und Indonesien diverse Hilfsgüter zukommen lassen würde. Das Außenministerium in Tokyo bestätigte, dass Japan den Malediven alsbald Hilfsmittel wie Zelte, Decken, Generatoren und Wassertanks im Wert von 9,7 Mio. Yen liefern werde. Dasselbe gelte für Sri Lanka und Indonesien: Hilfsgüter im Wert von 14,7 Mio. Yen beziehungsweise 26 Mio. Yen würden bereitgestellt. Eine finanzielle Unterstützung von 20 Mio. US\$, die Japan der thailändischen Regierung angeboten hatte, wurde später, am 8. Januar 2005, jedoch zurückgewiesen. Thailands Regierung argumentierte, dass es Länder gebe, in denen finanzielle Hilfe notwendiger sei. Die Regierung stellte neben finanzieller und materieller Unterstützung für Sri Lanka auch ein Katastrophenhilfsteam zur Verfügung, das aus 19 Ärzten, Krankenschwestern und weiteren Helfern bestand.

Im Pazifik existiert seit den 1960er-Jahren ein Tsunami-Frühwarnsystem. Ein ähnliches System ist im Indischen Ozean jedoch nicht vorhanden. Japan selbst verfügt weltweit über eines der höchst entwickelten Tsunami-Ankündigungssysteme. Infrastrukturminister Kazuo Kitagawa äußerte zwei Tage nach dem großen Beben am 28. Dezember, dass er ein Frühwarnsystem für den Indischen Ozean auf der Katastrophenkonferenz der UN, die für Mitte Januar in Kobe geplant sei, vorschlagen werde und Japan sich bei den Vorbereitungen zur Errichtung beteiligen werde. (Kyodo, engl., in: BBC-Monitoring Service, 28.12.04; YS, 14.1.05)

Zwei Tage nach der Katastrophe, am 28. Dezember, beorderte der japanische Verteidigungsminister drei Schiffe und einen Hubschrauber der Maritimen Selbstverteidigungsstreitkräfte (MSDF) in thailändische Gewässer, um dort nach vermissten Menschen zu suchen. Am selben Tag wurden zwei Zerstörer und ein Versorgungsschiff entsandt. Dies war die erste internationale Such- und Rettungsmission für die MSDF-Schiffe. Dagegen war es für das japanische Militär insgesamt bereits der fünfte internationale Katastropheneinsatz. 1998 war es nach dem Hurrikandesaster in Honduras zum ersten Mal eingesetzt worden. Initiiert vom US-Außenministerium, vereinbarten der japanische Außenminister Nobutaka Machimura und sein amerikanischer Amtskollege Colin Powell am 29. Dezember, Strukturen der internationalen Kooperation aufzubauen. Dadurch könne den Opfern des Seebebens in Süd- und Südostasien effektiver geholfen werden. Es sollte eine "Kerngruppe" zusammengerufen werden, die – von Washington koordiniert – aus Japan, Australien, Indien und den USA bestehen sollte. Diese Kerngruppe wurde jedoch bereits eine Woche später wieder aufgelöst, stattdessen wurde den Vereinten Nationen die Führung im Rahmen des Katastrophenmanagements zugesprochen.

Der japanische Wetterdienst gab bekannt, dass es seinen geographischen Wirkungsbereich ab März ausdehnen werde. Damit könnten auch andere asiatische Länder von den Tsunami-Prognosen profitieren. Durch das System, mit dem der japanische Wetterdienst arbeitet, können die Höhe und die Ankunftszeit von Tsunamis bereits 20 Minuten nach einem starken Erdbeben berechnet werden. (YS/Internet, in: BBC Monitoring Service, 29.12.04)

Am Neujahrstag 2005 erklärte der japanische Premierminister Jun'ichirô Koizumi, dass Japan den betroffenen Ländern und internationalen Organisationen zunächst 500 Mio. US\$ zur Verfügung stellen werde. Koizumi hob hervor, dass Japan in Kooperation mit anderen Ländern und internationalen Organisationen "größtmögliche Hilfe" für die Beseitigung der schweren Schäden und für den Wiederaufbau der Infrastruktur leisten werde. Koizumi betonte ferner, dass Japan Geld, Wissen und menschliche Ressourcen zur Verfügung stellen werde. Neben den in die verschiedenen betroffenen Regionen entsandten Katastrophenhilfeteams, so Koizumi, werde Japan Hubschrauber und Personal der Feuerwehr einsetzen. Zudem werde erwogen, zusätzliche Beiträge in Form der Entsendung von Einheiten der Selbstverteidigungsstreitkräfte (SDF) zu leisten. So sollen in der Mission nicht nur Zerstörer der Marine, sondern auch C-130-Transportflugzeuge der Luftwaffe und das Heer eingesetzt werden, hieß es aus dem Verteidigungsministerium. Die Schiffe der Marine, die am zweiten Tag nach der Katastrophe zur Suche nach Vermissten in Thailands Gewässern und zum Transport von internationalen Notfallhilfeteams geschickt worden waren, beendeten am 1. Januar ihren Einsatz. Ab dem 2. Januar 2005 halfen zwei japanische Helikopter bei internationalen Hilfsaktivitäten auf der thailändischen Insel Phuket. Beide Nothilfeteams wurden durch Einheiten der Marine verstärkt. Am 4. Januar wurde außerdem ein 29-köpfiges Team der SDF entsandt, um die benötigte Hilfe in den Regionen für die SDF-Hilfsmission abzuschätzen. Regierungsquellen zufolge wurde geplant, mehr als 800 SDF-Mitglieder nach Aceh zu schicken. Dies würde dem bisher größten SDF-Kontingent im Rahmen eines Auslandshilfseinsatzes entsprechen. (AS, 2., 5.1.05; YS, 1.1.05; Kyodo, engl., in: BBC-Monitoring Service, 1., 2.1.05)

Auf dem Sondergipfeltreffen, das wegen der Tsunami-Katastrophe am 6. Januar 2005 einberufen wurde, erläuterte Koizumi erneut Japans geplante Hilfsleistungen und die geplante Verteilung der 500 Mio. US\$. So soll die Hälfte der Summe bilateral und der Rest über internationale Organisationen verteilt werden. Am Rande des Gipfeltreffens vereinbarten außerdem Japan und China, bei der Katastrophenhilfe verstärkt zu kooperieren. Der entsprechende Vorschlag kam von der chinesischen Regierung. Dies ist deswegen hervorzuheben, da ein Treffen direkt vor der Tsunami-Katastrophe zwischen den beiden Nationen in angespannter Atmosphäre verlief. Die Gründe hierfür sind unter anderem die wiederholten Besuche von Premier Koizumi am umstrittenen Yasukuni-Schrein.

Auf dem Gipfeltreffen bestätigte Koizumi zudem, dass Japan mehr SDF-Kräfte und Helfer entsenden und bei der Entwicklung eines Tsunami-Frühwarnsystems im Indischen Ozean helfen werde. Neben den Streitkräften stellte die japanische Regierung zudem das Transportschiff 'Kunisaki' zur Verfügung, das drei Helikopter, CH-57-Chino-Transporter, zwei UH-60 Black Hawks sowie medizinisches Personal in die Krisenregion beförderte. Die 'Kunisaki' lief am Morgen des 12. Januar aus, um am Ende des Monats am Zielort anzukommen. Finanzminister Sadakazu Tanigaki erklärte, dass Japan ein Schuldenmoratorium für Länder mit vom Tsunami betroffenen Regionen erlassen werde. Dennoch werde der Schuldenbetrag per se nicht reduziert, so der Finanzminister.

2 Hintergründe und mögliche Auswirkungen der japanischen Hilfe

2.1 Solidarität

Die geographische Nähe Japans zu den von dem Seebeben betroffenen Nationen verbindet diese Nationen und stellt einen Grund für die große Hilfsbereitschaft dar: "Japan ist ein Land in der gleichen asiatischen Region", erklärte Koizumi, als er die japanischen Hilfsmaßnahmen erläuterte. Somit sei "jede Katastrophe in Asien auch ein Schicksalsschlag für Japan", so der Premierminister auf dem Gipfeltreffen in Jakarta.

2.2 Das Bemühen um einen Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat

Für einige Beobachter stehen Japans schnelles und intensives Engagement im Katastrophengebiet und sein Streben nach einem Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat in direktem Zusammenhang. Japanische Regierungsbeamte gaben zu, dass sie mit ihrer Unterstützung nicht nur ihren asiatischen Nachbarländern helfen wollten, sondern damit auch diplomatische Interessen verfolgen würden: Japan habe in der Vergangenheit viel geleistet, jedoch sei dies nicht von der Weltöffentlichkeit wahrgenommen worden. Daher sei es wichtig, dies mit einem massiven Hilfsprogramm zu ändern. Mit seiner groß angelegten Hilfsaktion will Japan nicht nur Präsenz demonstrieren, sondern auch untermauern, dass Japan ein Kandidat für einen Ständigen Sitz in einem erweiterten Sicherheitsrat ist: Japan als Wirtschaftsmacht, die in ihrem Wohlstand auch die Verpflichtung sieht, auf globaler Ebene konstruktiv und verantwortungsbewusst mitzuwirken. Koizumi hat dieses in seiner Rede beim Gipfeltreffen in Jakarta unterstrichen, in deren Rahmen er die Ansicht vertrat, dass die Vereinten Nationen bei den anstehenden Aufgaben im Katastrophengebiet die Führung übernehmen müssten.

2.3 Wirtschaftliche Aspekte

Ein weiterer Faktor dafür, dass die japanische Regierung sich hinsichtlich ihrer finanziellen und materiellen Unterstützung großzügig zeigt, ist ökonomischer Art: Die von der Tsunami-Welle zerstörten Regionen stellen einen Absatzmarkt für Japan dar. Auch japanische Großunternehmen wie Toyota, Matsushita, Sony, Toshiba, Hitachi und Ajinomoto versprachen Spenden zwischen 20 und 100 Mio. Yen und unterstützten die betroffenen Regionen auch mit Hilfsgütern und Lebensmitteln. Die *Japan Times* bemerkt in einem ihrer Artikel vom 6. Januar, dass sich die Unternehmen wohl so großzügig zeigten, um ihr Image in dieser Region aufzupolieren (JT, 6.1.05).

2.4 Ausdehnung der SDF-Kompetenzen?

Bis Ende Januar sollen 640 Marinemitglieder auf drei Schiffen sowie 220 SDF-Bodentruppen in Indonesien angekommen sein. Die japanische Luftwaffe kommandierte 100 Soldaten zum Einsatz im Katastrophengebiet ab. Insgesamt werden für die Bewältigung der Katastrophe fast 1.700 SDF-Kräfte zur Verfügung gestellt. Dies übertrifft das bisherige Ausmaß von derartigen Entsendungen um das Vierfache (1999 wurden bei einer Hilfsmission in der Türkei 400 Mitglieder der SDF eingesetzt). Die Hilfsaktion der SDF-Truppen bei der Tsunami-Katastrophe könnte dazu führen, dass der bisherige Kompetenzbereich der Streitkräfte ausgedehnt wird. Im Dezember hatte die japanische Regierung den neuen Rahmen für die japanische Verteidigung (National Defense Program Outline) verabschiedet, der eine Erweiterung der Auslandseinsätze der SDF vorsieht. Infolge der weltweiten Fokussierung auf das Desaster im Indischen Ozean denkt man in der Regierung darüber nach, nun einen Vorschlag ins Parlament einzubringen, der im Rahmen der japanischen Verteidigungspolitik auf die Gleichsetzung von überseeischen Beiträgen der SDF mit Verteidigungsmaßnahmen im eigenen Land abzielt.

Bisher ist die japanische Gesetzeslage bezüglich des Einsatzes von SDF-Einheiten bei Katastrophenfällen im Ausland so, dass die Regierung die Truppen nur entsenden kann, wenn die betroffenen Länder sie darum bitten. Ferner können SDF-Truppen für internationale Friedenseinsätze (*peacekeeping operations*) nur dann entsendet werden, wenn das Parlament für einen begrenzten Zeitraum ein Gesetz verabschiedet. Infolge dessen will die Regierung einen Gesetzesentwurf für den gesonderten Einsatz von SDF-Truppen einbringen. Im Falle der Zustimmung durch das Parlament würde das Gesetz die Streitkräfte dazu autorisieren, auch ohne UN-Resolution eine multinationale Koalition logistisch zu unterstützen. Dabei soll jedoch der Einsatz der SDF-Truppen zu keinen Spannungen im Ausland führen, da die Aktivitäten nur zur friedlichen Kooperation gedacht sind. Konkreter aktueller Hintergrund ist, dass Indonesien im Zweiten Weltkrieg von japanischen Truppen besetzt wurde. Laut dem indonesischen Verteidigungsminister dürfen die SDF und andere ausländische Truppen vorerst bis zu drei Monate in Indonesien stationiert sein. Falls

notwendig, wird diese Frist verlängert. Der japanische Verteidigungsminister Yoshinori Ono erklärte, dass die SDF bereit seien, innerhalb der von der Verfassung gegebenen Bedingungen zu agieren. Dabei konzentrieren sich die Hilfsmaßnahmen auf die verwüstete indonesische Provinz Aceh. Die SDF-Kräfte können, wie bereits erwähnt, nur dann entsandt werden, wenn der Truppeneinsatz von den jeweiligen Regierungen erbeten wird. Bis zum 8. Januar war dies nur im Falle Indonesiens gegeben.

3 Spenden aus der japanischen Bevölkerung

Die Verantwortung, für Bedürftige zu sorgen, wird in Japan üblicherweise den Institutionen und der Regierung überlassen. Bei der Tsunami-Katastrophe im Dezember stellten die Wohltätigkeitsorganisationen fest, dass eine ungewöhnlich große Resonanz auf die Spendenaufrufe vorhanden war. Für viele Japaner war es das erste Mal, etwas zu spenden. Dennoch sei die Spendenbereitschaft der japanischen Bürger, so konstatierte das *Asian Wall Street Journal* am 11. Januar 2005, im internationalen Vergleich oder im Vergleich zu den Hilfszusagen der japanischen Regierung selbst eher gering. Das Rote Kreuz Japans etwa registrierte bis zum 14. Januar 2005 insgesamt 78.760 Tsunami-bezogene Spenden in einer Gesamthöhe von 1,86 Mrd. Yen (knapp 14 Mio. Euro). Über eine Spendenaktion des Internethändlers Amazon kamen bis Anfang Januar 87.000 US\$ aus der japanischen Bevölkerung zusammen (USA: 13,9 Mio. US\$, Deutschland: 170.000 US\$). Die für japanische Verhältnisse insgesamt vergleichsweise große Spendenbereitschaft hängt nicht nur mit der geographischen Nähe der Katastrophengebiete, sondern auch mit psycholo-